

Rede Joachim Schramm

Kundgebung G7-Außenministertreffen "Verhandeln statt schießen", Münster, 3.11.22

Liebe Friedensfreundinnen und –freunde,

heute und morgen treffen sich hier in Münster die Außenminister und Außenministerinnen der G7-Staaten zu Beratungen. In der Öffentlichkeit wird darauf hingewiesen, dass das Treffen am Ort des Friedensschlusses von 1648 stattfindet, wo vor 374 Jahren mit dem Westfälischen Friedens der 30-jährige Krieg beendet wurde. Es wird betont, dass damals ein schrecklicher Krieg, der keine Gewinner kannte, auf diplomatischem Wege, durch Verhandlungen beendet wurde. Man könnte also die Hoffnung haben, dass diese Ortswahl bewusst vollzogen wurde und von diesem Treffen ein wichtiges Signal für eine Beendigung des Krieges in der Ukraine ausgehen könnte. Das politische Gewicht dazu hätte dieses Treffen alle mal. Sechs der sieben beteiligte Staaten sind maßgebliche Mitglieder der NATO und dadurch tief in den Ukrainekrieg verstrickt. Die G7-Staaten nehmen für sich eine Sonderrolle in der Staatengemeinschaft in Anspruch. Dann sollten sie diese Sonderrolle einmal zum Nutzen der Weltgemeinschaft wahrnehmen: Wir fordern die Regierungen dieser 7 Staaten dringend auf, eine Initiative zur Herbeiführung eines schnellstmöglichen Waffenstillstands ohne Vorbedingungen zu starten.

Doch die Aussagen von Regierungsvertretern dieser Staaten lassen die Hoffnungen darauf nicht in den Himmel wachsen. Weiterhin wird auf die militärische Unterstützung der Ukraine gesetzt, die den Kriege verlängert und mit dafür sorgt, dass immer mehr Menschen sterben. Und auch von Seiten der russischen Regierung, die diesen Krieg ja begonnen hat und daher in der besonderen moralischen Verantwortung steht, ihn zu beenden, kommen nur wenige Signale, die Hoffnung machen. Eines davon war ein Angebot des Kremls, es könne am Rande des G20-Gipfels Mitte November in Indonesien Gespräche zwischen Putin und US-Präsident Biden geben. Aus US-Regierungskreisen und auch aus der Ukraine wurde das jedoch zunächst zurückgewiesen.

Und so geht der Krieg weiter und es sterben Tag für Tag Menschen auf beiden Seiten, das Land wird weiter verwüstet. Bei uns wird zum Thema Verhandlungen oft gesagt, dass müsse die Ukraine entscheiden und man dürfe doch nicht zulassen, dass ukrainische Gebiete Russland überlassen werden. Die, die das so sehen, nehmen also in Kauf, für die richtige Ziehung von Grenzen Menschen sterben zu lassen und zu töten. Doch das sehen in den beteiligten Ländern bei weitem nicht alle so. Spätestens seit dem Beginn der Teilmobilmachung in Russland ist offenkundig geworden, dass viele Menschen in Russland nicht Krieg führen wollen. Was man bei uns nicht so wahrnehmen will, ist die Tatsache, dass auch in der Ukraine viele Menschen nicht kämpfen wollen. Einen ersten Hinweis darauf gab es schon zu Beginn des Krieges, als der ukrainische Staat zwar Frauen und Kinder gerne ausreisen ließ, es aber Männern im wehrfähigen Alter verbot, das Land zu verlassen. Offenbar war man sich der Opferbereitschaft der männlichen Bevölkerung nicht sehr sicher. Ein ukrainischer Kriegsgegner, der bei Beginn des Krieges im Ausland war und so der Einberufung entging, äußerte sich in diesen Tagen so: "Das Leben der Menschen ist wichtiger, ganz gleich, welche Flagge über der Krim oder Donezk hängt".

Inzwischen wissen wir, dass zahlreiche Menschen auf beiden Seiten nicht am Krieg teilnehmen wollen. Das Verweigerer-Netzwerk Connection e.V. schätze nach Auswertung entsprechender Analysen die Zahl der Personen, die Russland verlassen haben, um nicht kämpfen zu müssen, auf 150.000. Einer von ihnen meinte zu seinen Motiven: „Da werden

junge russische Männer in die Ukraine geschickt, um Menschen zu ermorden und dafür zu sterben. Ich will nicht einer von ihnen sein“. Aus der Ukraine haben sich 140.000 Männer der Einberufung entzogen und das Land verlassen. Während russische Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Militärdienstentzieher vor allem nach Kasachstan und Georgien fliehen, verlassen die ukrainischen Kriegsgegner ihr Land in Richtung Polen und Rumänien. In ihren Heimatländern wird ihnen vor allem von der herrschenden Politik Feigheit und Verrat vorgeworfen. Doch diese Menschen haben ganz unterschiedliche Gründe für ihr Handeln. Teilweise haben sie verwandtschaftliche Beziehungen zum Land des Kriegsgegners. Andere finden konkret diesen Krieg falsch, sehen die Ukraine und Russland als Brudervölker, die nicht gegeneinander kämpfen sollen. Andere erleben, was es heißt, im Krieg Soldat zu sein, andere Menschen zu töten, auch Zivilisten und lehnen dies ab. Und wieder andere haben sich entschieden, nie eine Waffe in die Hand zu nehmen, aus Prinzip. All das ist ehrenwert und rechtmäßig. Es ist nicht feige sondern diese Menschen sind mutig, weil sie zu ihren Überzeugungen stehen und für ihr Handeln Nachteile in Kauf nehmen. Diesen Menschen gilt unsere Solidarität.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, ist Bestandteil der Gewissensfreiheit nach Art. 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Und doch wird dieses Menschenrecht weder in Russland noch in der Ukraine garantiert. In Russland besteht nur bis zur Einberufung die Möglichkeit der Verweigerung, bei der Entscheidung über die Anträge ist das Militär mit beteiligt und beeinflusst die Entscheidung in seinem Sinne. In der Ukraine galt das Recht nur für die Verweigerung aus religiösen Gründen, inzwischen wurde das Verweigerungsrecht ganz ausgesetzt, ausgerechnet im Krieg, wo ja Menschen besonders davor geschützt werden müssten, gegen ihr Gewissen handeln zu müssen.

Vor diesem Hintergrund gehen die meisten Menschen, die sich diesem Krieg entziehen wollen, einen andern Weg und flüchten. Sie entziehen sich dem Militärdienstzwang, bevor sie einberufen werden oder desertieren aus der Armee. Die Desertion gilt in beiden Ländern als Straftat, es drohen mehrjährige Haftstrafen und es gibt auch entsprechende Verurteilungen von Deserteuren. Aus Russland können nicht einberufene Männer ausreisen, die Ukraine hat dies verboten, was der Europäischen Menschenrechtskonvention, widerspricht, wonach es jeder Person „freisteht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen“.

Gelingt die Flucht, stellt sich die Frage nach der Zukunft. Gerade bei einer Desertion ist die Rückkehr in das Heimatland selbst nach Ende des Krieges kaum möglich, da man sich ja strafbar gemacht hat. Also stellt sich für diese Menschen die Frage nach Asyl im Ausland, konkret in den Staaten der EU. Schon im April forderte der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, die russischen Soldaten auf zu desertieren. Doch die Frage nach einem Asyl in der EU ist bis heute nicht geklärt. Als sich hunderttausende der Teilmobilmachung durch Flucht entzogen, schlossen z.B. die baltischen Staaten als erstes ihre Grenzen. Angesichts dieser Zustände ist ein Aufruf zur Desertion fahrlässig, weckt falsche Hoffnungen. Die EU überlässt diese Männer und auch Frauen ihrem Schicksal. Lediglich in Deutschland erklärte das Innenministerium im Mai, dass russische Deserteure aus der Armee als Asylsuchende anerkannt würden. Doch gilt dies nicht für die Menschen, die sich bereits der Einberufung entzogen haben, was ja jetzt nach der Teilmobilmachung die meisten waren. Politiker in der EU sind schnell dabei, gerade russische Männer aufzurufen, sich dem Krieg zu widersetzen. Etwas für ihren Schutz tun, ist aber nicht angesagt. Hintergrund ist natürlich, dass in allen Ländern die Desertion als Straftatbestand gilt. Da möchte man keine Präzedenzfälle schaffen und begegnet auch den Menschen, die sich jetzt der Teilnahme am Ukrainekrieg entziehen wollen, mit Misstrauen, statt sie mit offenen Armen zu empfangen. Das ist schäbig und wir fordern hier an dieser Stelle die Bundesregierung auf, den Asylschutz auch auf

Militärdienstentzieher auszuweiten und ihren Einfluss in der EU geltend zu machen, dass solche Regelungen in allen Ländern der Union umgesetzt werden. Gleiches fordern wir von Frankreich, Italien und Großbritannien sowie den Vertreter:innen der EU, die hier heute in Münster an dem G7-Treffen teilnehmen. Schutz und Asyl für alle, die sich dem Krieg entziehen!

Internationale Verweigererverbände haben jetzt eine Unterschriftensammlung gestartet, mit der von der EU gefordert wird, für russische und belarussische Verweigerer und Deserteure Schutz und Asyl zu gewährleisten, von der Ukraine die Rückkehr zum Verweigerungsrecht zu verlangen und die Grenzen für alle zu öffnen, die sich dem Krieg entziehen wollen. Wir unterstützen diesen Appell, an unserem Infostand kann man ihn unterzeichnen

Doch von verschiedenen Seiten hört man nun in Deutschland, man dürfe die russischen Deserteure und Militärdienstentzieher nicht aufnehmen. Diese hätten zum Krieg geschwiegen und würden erst jetzt fliehen, wo sie selbst betroffen seien. Alle, die diese unbarmherzige Haltung einnehmen, seien an folgendes erinnert: Als 1991 der erste Golfkrieg begann, standen im ganzen Land bei unseren Beratungseinrichtungen für Kriegsdienstverweigerer zu tausenden die Bundeswehr-Reservisten Schlange, die damals nachträglich den Kriegsdienst verweigern wollten, weil die Gefahr bestand, die Bundeswehr könnte in diesen Krieg verwickelt werden. Wir haben damals nicht gesagt, warum habt ihr nicht rechtzeitig verweigert, sondern haben ihnen geholfen, den Kriegsdienst zu verweigern. Und ich möchte daran erinnern, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung weder gegen die Bundeswehrebeteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg in Jugoslawien noch gegen den 20-jährigen Bundeswehreinsatz in Afghanistan protestiert hat. Wer also jetzt gegenüber russischen Deserteuren auf das hohe moralische Ross steigt, sollte sich vielleicht an die eigene Nase fassen und prüfen, wie er oder sie selbst in solchen Situationen handeln würde.

Krieg gibt es auch deshalb, weil sich immer wieder genug Menschen bereit finden, den Befehlen von Politikern und Generälen Folge zu leisten. Jeder und jede, die sich diesem Prinzip von Befehl und Gehorsam verweigert, ist eine Hoffnungsschimmer für ein Welt ohne Krieg. Sie müssen unterstützt werden, ihn muss geholfen werden, egal auf welcher Seite des Konflikts sie stehen!